

GESETZE

Reine Kosmetik

Nach Winnenden schien ein schärferes Waffenrecht machbar.

Nun wird es nur ein Reförmchen – die Schützenlobby ist zu stark.

lich sagen, dass wir es damit noch nicht geschafft haben.“ Von dieser Form der Ehrlichkeit ist wenig geblieben. Sein Unbequemsein hat er auf jene Fälle reduziert, in denen das Mahnen keine Kunst ist. Er sucht sich Adressaten, über die sich alle empören können. Nach den Politikern boten sich dankenswerterweise die Bankmanager an, das neue Feindbild der Stammtische. Die Geschichte seiner ersten Amtszeit ist auch die Geschichte einer Bequemwerdung.

Er hat sich ganz dem neuen Zeitgeist angeschmiegt, seine Anpassungsfähigkeit ist der der Kanzlerin vergleichbar. Zumindest in dieser Hinsicht ist er doch noch Merkels Präsident geworden.

Die Kanzlerin ist noch immer enttäuscht darüber, wie er seine Popularität auf Kosten der Politik mehrte, das hat sie oft zum Ausdruck gebracht. Auch in Merkels Partei sind viele nicht gut auf ihn zu sprechen.

Wenn er am kommenden Samstag trotzdem von den Bürgerlichen in der Bundesversammlung wiedergewählt werden sollte, dann wird es vor allem daran liegen, dass Merkel kurz vor einer Bundestagswahl steht. Sein Scheitern würde wie ihre Niederlage wirken, es hieße dann wieder, sie habe ihren Laden nicht im Griff. Es sind vor allem strategische, parteitaktische Überlegungen, die Köhlers Wiederwahl begünstigen, das, was er Sandkastenspiele nennt.

Das Gespräch im Amtszimmer des Schlosses Bellevue ist bei der Frage angehangen, ob er rückblickend etwas anders machen würde. Der Präsident nickt. Die Rede zur Auflösung des Parlaments, die würde er weniger drastisch anlegen.

Sonst noch was?

„Nun ja, die Sache mit dem ...“ – Köhler sucht nach dem richtigen Begriff – „... also dass ich mich angeblich auf Kosten der Politik profiliert habe.“ Das sei wirklich nicht seine Absicht gewesen, er habe da ein reines Gewissen.

Köhler hat die Kritik an seiner Amtsführung genau registriert. Sie hat ihn verletzt, er kann sehr empfindlich sein. Im Kern sei die Kritik falsch. Allerdings frage er sich heute, ob er es zu lange zugelassen habe, dass dieser falsche Eindruck entstehen konnte. Es habe da Missverständnisse gegeben, natürlich habe auch er seine Schwächen, hinzu komme eine gewisse Unerfahrenheit. In einer möglichen zweiten Amtszeit werde er jedenfalls stärker darauf achten, dass der Eindruck, er gehe auf Distanz zur Politik, erst gar nicht entstehen könne.

Es scheint, als habe er bereits damit begonnen. Köhler bemüht sich in letzter Zeit, „wir Politiker“ zu sagen statt „die Politiker“ wie früher. Es gelingt noch nicht immer, aber immer öfter.

Sofern dieser Eindruck nicht ebenfalls trägt, könnte doch noch ein guter Präsident aus ihm werden.

Er selbst ist sich da inzwischen sicher: „Ich glaub“, sagt Köhler, „ich kann’s.“

Für die einen ist es ein faszinierendes Mannschaftsspiel. Ein harmloser sportlicher Zeitvertreib, der Zehntausende Aktive regelmäßig auf eines der bundesweit mehr als 150 Spielfelder treibt, wo sie mit „Markierern“ Farbkugeln auf ihre Gegner ballern. Für die anderen, so auch für führende Vertreter der Großen Koalition, ist dieses seltsame Freizeitvergnügen namens Paintball, das in Deutschland ab 18 Jahren erlaubt ist, „sittenwidrig“ (Dieter Wiefelspütz, SPD) oder gar „menschverachtend und unwertig“ (Hans-Peter Uhl, CSU).



Paintball-Veranstaltung am Nürburgring
Dauerbeschluss der Verbände

Bis Mitte voriger Woche schien die Große Koalition eine gemeinsame Position zu haben. Das Feuern von Farbbällen auf menschliche Zielscheiben sollte verboten werden – als politische Antwort auf den Amoklauf von Winnenden, bei dem der 17-jährige Tim Kretschmer 15 Menschen und sich selbst tötete. Doch seit Mittwoch sind sich die Regierenden in ihrer Empörung nicht mehr so sicher. Während einer Aktuellen Stunde war der SPD-Innenexperte Wiefelspütz zu seinem Kollegen Uhl und zu Innenminister Wolfgang Schäuble geilt: Dieses Paintball-Verbot sollte man noch einmal prüfen. Bei der Union sieht man das inzwischen ähnlich.

Vorausgegangen war das, was immer geschieht, wenn Politiker sich hierzulande mit dem Waffenrecht befassen – sie geraten unter Dauerbeschluss von Schützenvereinen, Jagdverbänden, Industrie und Waffennarren und, in diesem Fall, auch der Paintball-Lobby. Glaubt man deren Zahlen, gibt es in Deutschland schon mehr als 100 Unternehmen, die mit Paintball zwei-

stellige Millionensummen umsetzen, weltweit sollen es 1,5 Milliarden Euro sein.

Allein CSU-Mann Uhl bekam mehr als 600 Zuschriften, sein Kollege Wiefelspütz kann sich nicht erinnern, jemals so viel Protestpost bekommen zu haben. Nun wollen die Fraktionen Ende Mai erneut beraten und eine wissenschaftliche Prüfung von Paintball in Auftrag geben. Das Verbot ist damit faktisch vom Tisch.

Ein herber Verlust ist das nicht, handelt es sich doch um reine Symbolpolitik. In Amokläufer-Biografien spielte Paintball bislang keine größere Rolle. Tim Kretschmer hätte auf deutschen Feldern keine Farbkugeln feuern können, er war ja noch nicht 18. Im Schützenverein, mit echten Kanonen, durfte er dagegen üben.

An die Kernfrage, ob der Besitz von scharfen Waffen in Deutschland wie ein Grundrecht zu behandeln ist und in Schießsportvereinen mit Großkalibern geschossen werden muss, wagte sich die Bundesregierung wieder nicht heran. Allein die wenigen Wochen seit Winnenden zeigen,

dass es vor allem die Verfügbarkeit von scharfen Schießbeisen ist, die Opfer fordert: Die beiden jungen Männer, die im April in Eislingen eine Familie erschossen, waren Mitglieder im Schützenverein und klauten dort 18 Waffen und 1000 Schuss Munition. In Landshut erschoss kurz zuvor ein Sportschütze seine Schwägerin und dann sich selbst mit seinem Revolver.

Von der Waffenrecht-Debatte nach Winnenden bleiben nun wohl nur ein bundesweites Waffenregister bis 2012, das die EU ohnehin schon eingefordert hatte, so-

wie unangemeldete Kontrollen bei Waffenbesitzern. Sportschützen dürfen künftig erst ab 18 Jahren mit Großkalibern schießen, statt wie bisher mit 14.

Nicht nur die Eltern der Winnenden-Opfer, die sich zu einem Aktionsbündnis Amoklauf formiert haben, sehen darin „reine Kosmetik vor der Wahl“, auch Politiker wie Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) geben sich zerknirscht. Als Vorsitzender der Innenministerkonferenz hatte er nach Kretschmers Tat vorgeschlagen, den Besitz von Waffen zu begrenzen, Waffen und Munition zu trennen sowie Schützen frühestens nach drei Jahren im Verein den Erwerb einer Waffe zu gestatten. Noch nie, sagt auch der Senator, habe er so viele ablehnende Zuschriften bekommen.

Statt den Besitz großkalibriger Waffen generell zu verbieten, streite man jetzt über den „Nebenkriegsschauplatz Paintball“, sagt Mäurer resigniert: „Eine weitere Chance ist vertan.“

UDO LUDWIG,
MARCEL ROSENBACH, CAROLINE SCHMIDT